

Bremerhaven, 8.1.2025

Brief an die Mitglieder der BIKEG

Liebe Mitglieder,

der Vorstand der BIKEG möchte Sie über unsere Aktivitäten und den Stand der Dinge informieren. Zuerst möchten wir uns bei den Mitgliedern bedanken, die auch 2024 unsere Arbeit mit einer Spende und ihrem Mitgliedsbeitrag unterstützt haben. Auch die freundlichen Ermutigungen und Solidaritätsbekundungen haben uns gefreut.

Wir kämpfen seit 14 Jahren gegen die Erweiterung der Deponie, deren offizielle Genehmigung 2012 schon damals gegen Gesetze verstoßen hat. Eigentlich dachten wir, das Recht wäre auf unserer Seite. Leider müssen wir aber feststellen, dass wir bisher gegen die Ignoranz von Politikern und Amtsträgern nicht ankommen. Mit Falschaussagen wird die Deponie um jeden Preis gerechtfertigt.

Das Umweltschutzamt betätigt sich in enger Kooperation mit dem Deponiebetreiber eher als "Umweltschmutzamt" und hat im Dezember durchgesetzt, dass der Deponiebeirat abgeschafft wird. Man weiß offensichtlich keine Antworten auf die unangenehmen Nachfragen wegen der mangelnden Grundwasserkontrolle. Keine unserer Aussagen konnte bisher widerlegt werden. Der gesetzlichen Pflicht der Behörden, sich um den Grundwasserschutz ausreichend zu kümmern, wird nicht nachgekommen.

Mit Ausnahme einer vereinzelt Stadtverordneten erleben wir von unseren Politikern und Behörden nur noch Abwehr, die Missstände endlich zuzugeben und geltendes Recht zu beachten. Hier beispielhaft ein paar Eindrücke und Erfahrungen:

- Der ehemalige Bremer Umweltsenator Dr. Lohse (Die Grünen) legt 2012 ein kritisches Gutachten aus der eigenen Behörde in die Schublade und setzt eine Deponieerweiterung gegen jeglichen Grundwasserschutz durch. Das Umweltressort verleugnet bis heute alles, was nach eigenem Fehler aussieht. Vielleicht wollen die Bremerhavener Grünen ihren Bremer Kollegen keine Schwierigkeiten bereiten, denn wir können kein Interesse am Schutz von Grundwasser und Bevölkerung bei ihnen finden.
- Die SPD hat mit dem damaligen OB Schulz der Firma *Remondis* den Weg geebnet, sich günstig in die Müllverbrennungsanlage und die Deponie Grauer Wall zu 75 % einzukaufen. Das Interesse, dem Geschäftspartner auf die Finger zu sehen und Schaden von Bremerhaven und seinen Menschen abzuwenden, ist unserer Wahrnehmung nach bei der SPD nicht vorhanden. OB Grantz hat uns auf unseren letzten offenen Brief nicht geantwortet. Die letzte Einwohnerfrage zur Sicherheit der Deponie wurde von der zuständigen Dezernentin Frau Toense (SPD) nicht beantwortet, obwohl die Einwohner Bremerhavens ein Recht darauf haben.

Anschrift: BIKEG e. V., **E-Mail:** info@bikeg.de; **Tel.:** 0174-1694200

- Der Stadtbezirksverband der CDU in Lehe hat zwar die Petition der BIKEG mit mehr als 500 besorgten Bürgern verbal in der Nordsee-Zeitung gelobt, dann aber die Petition nicht unterstützt und die Ziele der BIKEG verunglimpft. Mehr Heuchelei können wir uns nicht vorstellen. Wir haben immer gefordert, dass Gesetze eingehalten werden. In der CDU-Stadtverordnetenfraktion haben wir ebenfalls keine Unterstützung, sie trägt die unwahren Behauptungen des Magistrats zur Deponie inzwischen mit.
- Der scheidende FDP-Baustadtrat Schomaker wurde vom Deponiegegner zum Befürworter, als er dann selbst im Magistrat saß. Die Gesellschaft der Macht kann offenbar viel bewirken. Parteikollege Hilz beschwichtigt in Sachen Deponieprobleme im jeweiligen Parlament, unter falschen Annahmen und offenbar ohne jede Sachkenntnis. Als Professor ist das erstaunlich, aber sonst wird man vermutlich nicht Dezernent.
- Bei anderen Parteien, die sich angeblich immer für Demokratie-Rechte in Bremerhaven stark machen, haben wir ebenfalls kein besonderes Interesse an Bürgerbeteiligung und Rechstaatlichkeit in Sachen Deponie feststellen können.
- Der Magistrat hat für viel Steuergeld ein Gutachten eines privaten Ingenieurbüros zur Rechtfertigung der Deponie in Auftrag gegeben, das angesichts seiner Widersprüche als Gefälligkeitsgutachten betrachtet werden kann. Den finanziellen und gesundheitlichen Schaden haben die Menschen in Bremerhaven. Das Gutachten der angesehenen Ingenieurgesellschaft Melchior & Wittpohl, die von der BIKEG beauftragt wurde und dem Deponiebetrieb auf dem Grauen Wall fortlaufende Verstöße gegen den Grundwasserschutz bescheinigt, wird von den Behörden verleugnet. Interessanterweise wurde genau diese Ingenieurgesellschaft vom Bremer Senat für die Absicherung der Bremer Blocklanddeponie beauftragt, es wird also mit zweierlei Maß gemessen.
- Auf dem rechtlichen Weg konnten wir nichts erreichen, da Oberstaatsanwalt Constien in Bremen unsere Anzeige wegen Umweltverschmutzung zu den Akten gelegt hatte, indem er die falschen Behauptungen der Bremer Genehmigungsbehörde zur Sicherheit der Deponie (vermutlich ungeprüft) einfach übernommen hat. Der Staatsanwalt ist der Anwalt des Staates, also der Genehmigungsbehörde, die ihren Fehler nicht zugeben will. Seine Aussage, das Grundwasser sei durch die Deponie nicht negativ beeinträchtigt, ist längst widerlegt, aber genützt hat es trotzdem nichts. Die ehemalige Justizsenatorin Schilling (SPD) ließ verlauten, der Fall sei "verjährt", wobei sie offenbar nicht wissen will, dass juristisch gesehen eine andauernde Grundwasserverunreinigung als "Dauerdelikt" gilt und daher nicht verjährt. Der Anwalt der BIKEG hatte uns angesichts dieses offensichtlichen Rechtsbruch geraten, wir sollten die "Öffentlichkeit hinter uns bringen, da die Justizbehörde am längeren Hebel säße". Erstaunlich, dass der Gang durch unser Rechtssystem in diesem Fall nicht genügt.
- Leider haben die verschiedenen Future-Gruppen in Bremerhaven und auch der BUND kein Interesse an der Bedrohung des Wattenmeeres durch die Deponie aufgrund des Meeresspiegelanstiegs gezeigt. Die Deponie ist nur 2000 m vom Nationalpark Wattenmeer entfernt und sitzt jetzt schon im Grundwasser, das mit der Nordsee verbunden ist. Gemeinsam wäre man stärker in der "Klimastadt" Bremerhaven.

Anschrift: BIKEG e. V., **E-Mail:** info@bikeg.de; **Tel.:** 0174-1694200

- Die "vierte Macht im Staate", vertreten von Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk, zeigt kein Interesse an einer Aufklärung des Skandals. *Nordsee-Zeitung* und inzwischen auch *buten un binnen* berichten nur oberflächlich und beschönigend und ignorieren dabei die eigentliche Problematik der Deponie. Unsere Programmbeschwerde wegen einseitiger Berichterstattung bei *Radio Bremen* wurde im April 2024 vom Rundfunkrat abgelehnt. Aber was will man erwarten, wenn ehemalige Senatsmitarbeiter aus Bremen nun in den Gremien von *Radio Bremen* sitzen? Man kennt sich. Wir finden es sehr bedenklich, wenn eine Lokalzeitung und das öffentlich-rechtliche Fernsehen nicht mehr über einen eindeutig fehlerhaften Planfeststellungsbeschluss, über die demokratie- und rechtsstaatsfeindlichen Verhaltensweisen des Magistrats, über das Abwimmeln von Petitionen und die Bürgerferne der Stadtverordnetenversammlung und ihres Stadtverordnetenvorstehers berichten.
- Der Deponiebetreiber *BEG (Remondis)* wird auf der Homepage des Presseclubs Bremerhaven Unterweser als Sponsor genannt. Journalisten der *Nordsee-Zeitung* und von *Radio Bremen* kamen schon in den Genuss des Journalisten-Preises.

Fazit: Ohne mehr Unterstützung aus der Bevölkerung werden wir es wohl nicht schaffen, die Deponie Grauer Wall schließen zu lassen, obwohl die Genehmigung ungesetzlich ist. Politik und Ämter setzen darauf, dass uns die Kraft ausgeht, was nach 14 Jahren seit Gründung der BIKEG, in denen wir alle von den Verantwortlichen belogen und getäuscht wurden, auch kein Wunder wäre. Wir haben recherchiert, aufgedeckt, sachlich dokumentiert (www.bikeg.de), jetzt brauchen wir Menschen, die unsere Informationen weitertragen. Magistrat und Umweltschutzamt sowie Politiker müssen merken, dass nicht nur die kleine Vorstandsgruppe der BIKEG mit einer illegalen Deponie nicht einverstanden ist. Nur mit Nachfragen bei Politik und Behörden, mit Leserbriefen an die Medien oder durch Weiterleitung der Informationen in den sozialen Medien kann unserer Meinung nach die Mauer des Verleugnens und Vertuschens noch aufgebrochen werden.

Sie brauchen keine Fachkenntnis, nur Interesse, sich ehrenamtlich für Umweltschutz und mehr Demokratie einzusetzen. Fühlen Sie sich bitte eingeladen, sich bei uns zu melden, bei einer Vorstandssitzung teilzunehmen oder auch einfach privat in den sozialen Medien die Infos der BIKEG weiterzutragen. Im Deponiebeirat wurden wir vom ehemaligen Leiter des Umweltschutzamtes (seit Ende 2023 im Ruhestand) verhöhnt "uns würde eh niemand glauben". Ist das so? Für Fragen stehen wir immer zur Verfügung.

Der Vorstand der BIKEG hat aus persönlichen und terminlichen Gründen dieses Jahr keine Versammlung organisieren können, jedoch werden wir dies im Februar/März nachholen. Eine detailliertere Einladung mit der Tagesordnung folgt. Bis zum 31. Januar können Sie Anträge zur Tagesordnung einreichen. Vorab möchten wir Ihnen eine Zusammenfassung der Vorstandstätigkeit seit der letzten Versammlung im Juni 2023 geben:

- **23.8.2023:** Abgabe Petition im Büro der Stadtverordnetenversammlung, Weigerung des Stadtverordnetenvorstehers v. Haaren, den Vorstand der BIKEG zu empfangen
- **25.8.2023:** Pressemitteilung über die Abgabe Petition im Stadtverordnetenbüro

Anschrift: BIKEG e. V., **E-Mail:** info@bikeg.de; **Tel.:** 0174-1694200

- **31.8.23 bis 1.2.2024:** Offizielle Programmbeschwerde an *Radio Bremen* wegen einseitiger, nicht neutraler Berichterstattung, vier Nachfragen Programmbeschwerden und zahlreiche Nachfragen wegen Unterdrückung der Programmbeschwerde und Nichtbehandlung im Rundfunkrat bei Justizariat und Intendanz von Radio Bremen (Ergebnis: Abwiegen und Vertuschen).
- **29.11.2023:** Offener Brief an den Petitionsausschuss bzgl. der Ablehnung der Petition zur Überprüfung der Deponie Grauer Wall
- **29.1.2024:** Offener Brief an Stadtverordnetenvorsteher v. Haaren zur mangelhaften Begründung der Ablehnung der Petition (Antwort von v. Haaren: Er antwortet nicht unsere Briefe)
- **1.2.2024:** Einwohner-Fragen von BIKEG-Mitgliedern zur Sicherheit der Deponie Grauer Wall im Rahmen des Bau- und Umweltausschusses (nicht beantwortet)
- **14.3.2024:** Flugblattaktion bei der Rundfunkratssitzung von *Radio Bremen* wegen einseitiger und falscher Berichterstattung ("*allerdings ist die Deponie nach dem jetzigen Stand rechtmäßig*") und Unterdrückung der Rundfunkratsbeschwerde durch *Radio Bremen*.
- **6.5.2024:** Offener Brief an Stadtverordnetenvorsteher v. Haaren zur Weigerung, die Vorgaben für die Behandlung von Petitionen zu beachten. Aufforderung der BIKEG, den Beschluss des Petitionsausschusses durch das Rechtsamt Bremerhaven zu prüfen (keine Reaktion).
- **3.11.2024:** Die Kasse wurde von unserem Kassenprüfer Jens Grotelüschen geprüft und unserer Kassenwartin Regina Wiese die professionelle und korrekte Kassenführung bestätigt. Der Kassenprüfungsbericht kann gerne per Mail angefordert werden.
- **17.11.2024:** Offener Brief an Oberbürgermeister Melf Grantz und den Bremerhavener Magistrat zum Vorhaben, den Deponiebeirat abzuschaffen (keine Antwort vom OB).
- **5.12.202:** Offener Brief an die Stadtverordneten von Bremerhaven mit der Aufforderung, nicht für die Abschaffung des Deponiebeirates zu stimmen (keine Reaktion, Beschluss zur Abschaffung gefasst).
- **6.12.2024:** Mitteilung der BIKEG wegen irreführender Berichterstattung und Auslassung von Fakten durch die Nordsee-Zeitung.

Wir wünschen Ihnen ein gutes, gesundes Jahr 2025 und würden uns über Ihr Feedback freuen. Bitte senden Sie eine E-Mail an info@bikeg.de, wenn Sie sich vorstellen können, sich für mehr Rechtstaatlichkeit in Bremerhaven einzusetzen und die Arbeit der BIKEG zu unterstützen.

Noch etwas in eigener Sache: Unsere Kontoverbindung hat sich geändert: Bitte überweisen Sie in Zukunft auf folgende Kontonummer und ändern Sie ggf. Ihren Dauerauftrag:
IBAN: DE80 2925 0000 1030 2071 86 Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr BIKEG-Vorstand